

Tannus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und Hornauer Anzeiger | Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten, Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn | Falkensteiner Anzeiger, Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeitzeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Montag
9
Dezember

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Verurteilung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.60 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätehens 9 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird möglichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 193 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Verlagskonto: Frankfurt (Main) 9927.

Dezember

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Telefonnummer 44.

42. Jahrgang

Mitbürger! Mitbürgerinnen!

Auf Grund des Waffenstillstandsvertrages werden in den nächsten Tagen gegnerische Truppen unsere Stadt besetzen.

Da gilt es für alle Einwohner, das Benehmen so einzurichten, wie es deutscher Ehre und Würde geziemt. Seid höflich und zurückhaltend! Tut nichts, was Euch die Feindseligkeit der fremden Soldaten zuziehen kann. Diese erfüllen lediglich ihre Pflicht und ihnen muß das gewährt werden, was ihnen nach den vertraglichen Bestimmungen und den Kriegsgesetzen zusteht. Uebt Selbstbeherrschung und Klugheit und beobachtet auf's Genauesten alle getroffenen Anordnungen. Nur hierdurch werden große Schwierigkeiten und Schädigungen vermieden und hoffentlich bald Erleichterungen erreicht.

Eine schwere Zeit steht uns bevor. Möge der erprobte Gemeinsinn der Königsteiner Bürger sich auch in den kommenden Wochen bewähren und ein gütiges Geschick über unserer Stadt walten.

Königstein i. T., den 9. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacob S.

Der Stand der Ernährung.

Berlin, 7. Dez. Eine sehr ernste Schilderung unserer Ernährungslage entwirft eine Note, die laut „Voss. Ztg.“ das Reichsernährungsamt an das Auswärtige Amt gerichtet hat und in der es heißt:

Das Rückgrat unserer ganzen Ernährungswirtschaft bildet bisher die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitslosigkeit der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hinzukommt die ungeheure Transportkrise, die ebenfalls dazu beigetragen hat, daß unsere Kartoffelvorräte nicht ordnungsgemäß haben eingewintert werden können. Die Folge davon ist, daß die Hauptwohnbereiche nur noch für wenige Wochen mit Vorräten versorgt sind und nennenswerte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durchhalten der vorgegebenen Rationsfesteinsetzung erscheint daher schon heute als vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgekehrt werden können. Die Getreideversorgung war nach der vorläufigen Inanspruchnahme der diesjährigen einheimischen Ernte in erheblichem Maße auf Zufuhren aus dem Osten eingestellt. Infolge des Fortfalles dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgetreidekasse derart ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen, und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahre erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also gänzlich nur eine Tagesration von 80 Gramm Weizen, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration verteilen lassen. Diese Lage bessert sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugelandene Erhöhung der Brotzation wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde. Hierbei ist zu bemerken, daß die Erhöhung der Brotzation seinerzeit ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt ist.

Sehr trübe sieht es auch um die Aussichten unserer Getreide-

und Fleischversorgung aus, da bekanntlich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Rußland angelaufenen Vorräte eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Volkswirtschaft gestattete deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftspland bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung von Milchfett und aus der Magermilcherzeugung nur noch ein Tageskopfsquantum von 3,5 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfsmenge von 100 Gramm vorsieht, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrechterhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller Lebensmittelrationen spätestens zu Anfang Februar zu rechnen. Was das bedeuten würde, geht daraus hervor, daß alsdann der Nährwert, der heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwertes darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes herabsinken würde. Diese Tatsache würde ein langsames, aber sicheres Verhungern bedeuten.

Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Maße zugenommen hat. Bereits im Jahre 1917 sind in Deutschland infolge des Hungerkrieges von je 1000 Lebenden gleichen Alters mehr als vor dem Kriege gestorben; im ersten Lebensjahr 9,7, im Alter von 2 bis 5 Jahren 19,6 und im Alter von 70 Jahren und darüber 33,4 Prozent. Noch beunruhigender gestaltete sich die Sterblichkeit an Tuberkulose. Sie ist bei je 10 000 Einwohnern von 15,7 auf 31,7 gestiegen. Allein in den 380 deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern sind im Jahre 1918 43 320 Personen mehr an Tuberkulose gestorben als im Jahre 1913. Noch eindringlicher prägt sich die Erhöhung der Sterblichkeitsziffer für die weibliche Bevölkerung. In Berlin ist die absolute monatliche Anzahl der weiblichen Todesfälle seit Oktober 1915 von 1097 auf 3136 gestiegen. Die Zahl der Todesfälle an Lungenerkrankungen, also hauptsächlich an Schwindsucht, weist eine Erhöhung von 205 auf 1752 auf.

Die Vorgänge in Berlin.

Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 6. Dez. (M. B.) Das Wolffbüro verbreitet heute über die Zusammenstöße in der Chausseestraße und Invalidenstrasse folgenden Bericht: Der ganze Vorgang ist auf einen Befehl des Generalkommandos der Gardetruppen zurückzuführen. Das Generalkommando gab an die Kaiserliche Kaserne den Befehl: Mannschaften alarmbereit auf die Straße gehen und die Demonstranten von den Germania- und Sophienplätzen zerstreuen.

Demgegenüber wird festgestellt, daß von Seiten des Generalkommandos des Gardekorps weder ein Befehl noch eine Weisung an die Berliner Truppen gegeben wurde, die deren Verhalten bei den gestrigen Vorgängen irgendwie beeinflussen hätte. Im übrigen ist das Generalkommando des Gardekorps für solche Anordnungen auch nicht zuständig. Auch das Kriegsministerium steht diesen Vorgängen vollkommen fern.

Kriegsminister Scheuch. Unterstaatssekretär Göhre.

Eine Darstellung des Franzer-Regiments.

Berlin, 7. Dez. Der Soldatenrat des Franzer-Regiments gibt über die Teilnahme des Regiments an den gestrigen Vorgängen eine längere Darstellung, in der es u. a. heißt:

Angeblick im Namen der Regierung erschien ein Hauptmann Kohler beim Regiment, der sich dem versammelten Soldatenrat als Regierungsvertreter ausgab. Er wies auf die bekannten Mißstände im Volkzugsrat hin, der von den Truppen des Gardekorps verhaftet werden solle. Dem Kommandeur des Regiments gab er den Befehl, um 3.30 Uhr nachmittags das Regiment mit aufgezogenem Seitengewehr nach dem Brandenburger Tor abzurufen zu lassen. Zur festgesetzten Stunde marschierte das Regiment geordnet und in Ruhe, jedoch nicht mit aufgezogenem Bajonett, nach der Wilhelmstraße ab. Unterwegs erschien ein Automobil der früheren Kommandeur des Regiments, Fellechner, und gab den weiteren Befehl, den Volkzugsrat zu verhaften, was

vom Kommandeur der Franzer jedoch rundweg abgelehnt wurde. Vor dem Hotel Wlton erwartete das Franzer-Regiment die angefordigten anderen Truppen unter Führung Wollernichs. Unter seiner Führung erschienen Matrosenabteilungen. Im Hotel Wlton wurde den Führern der Truppenabteilung die Weisung zu einer Ovation für Ebert gegeben. Es sollte beim Erscheinen Eberts unter dem Wunsch möglichst baldiger Einberufung der Nationalversammlung Ebert zum Präsidenten der Republik ausgerufen werden. Gemeinsam mit den Matrosen marschierten darauf die Franzer und das Regiment 93, sowie die Studentenwehr zum Reichstagspalais, wo sich im Beisein Eberts, wie bereits mitgeteilt, Rundgebungen abspielten. Nach der Beendigung wurde der Befehl erteilt, geordnet nach Hause abzurufen. Auf dem Wege dorthin in der Nähe des Warenhauses Wertheimer erschien Kohler mit Fellechner. Beide gaben den Befehl, die Räume der „Roten Fahne“ nach angeblich falschen Regierungstempeln durchzusuchen, sowie den Tresor mit Geldeinhalt zu beschlagnahmen. Das Ansuchen wurde von dem Franzerkommandanten rundweg abgelehnt. Die Befehle der „Roten Fahne“ fand nimmermehr statt, wobei den Angestellten und Arbeitern des Betriebes in freundlichster und höflichster Weise das Verhalten der Franzer klar gemacht wurde. Nachdem in aller Ordnung festgestellt wurde, daß falsche Stempel nicht vorhanden waren, rückten die Franzer ab. Mit den Vorgängen in der Chausseestraße steht das Regiment Franz absolut in keiner Verbindung. Zu dem Bericht der „Roten Fahne“, daß die Truppen von Scheidemann treuen Offizieren geführt worden seien, wird gemeldet, daß dies nicht zutreffend sei, da die Franzer überhaupt keine Offiziere in ihrer Formation haben.

Ein weiterer Bericht.

Berlin, 7. Dez. Die gestrigen Zusammenstöße spielten sich in der Nähe der Kaiserlaserne in der Chausseestraße ab. Der Soldat Rothe von der 3. Kompanie der Kaiserlaserne hat über die Vorgänge folgende Aussagen zu Protokoll gegeben: „Ich stand gestern nachmittag mit zwei Kameraden alarmbereit an der Ecke der Invaliden- und Chausseestraße. Nach Beendigung der Versammlung in den Germania-Sälen — wir wollten die Menge nach dem Lehrter Bahnhof abdrängen, nachdem wir sie aufgefordert hatten, sich ruhig zu verhalten — erscholl der Ruf, daß von der Richtung der Friedrichstraße her ebenfalls ein Zug Demonstranten naht. Ich fand mich mit fünf Kameraden zusammen, und wir haben wiederholt die Menge, ruhig zu sein. Plötzlich fielen aus der Menge Schüsse, mein rechter Kamerad stürzte verwundet zusammen, ebenso gleich danach mein linker. Ich trug beide zur Seite. Ich selbst hatte einen Schuß ins Bein erhalten. Erst nach diesem Vorfall wurde von unserer Seite geschossen. Provokiert worden ist von unserer Seite nicht. Wir hatten die ausdrückliche Weisung erhalten, die Menge zur Ruhe zu ermahnen und von unseren Waffen nur im aller-nötigsten Falle Gebrauch zu machen.“ Bei einem Appell auf dem Kaiserhof stellte der Kommandeur des Regiments, Feldwebel Schulte, fest, daß keiner der Soldaten von dem Tode irgend eines Regimentsangehörigen bei dem gestrigen Straßenkampf etwas wußte. Die Personalien der Schwerverwundeten liegen sich bis heute nachmittag nicht feststellen.

Die Schuldigen.

Berlin, 7. Dez. (M. B.) Der Rat der Volksbeauftragten richtet folgende Rundgebung an die Bevölkerung Berlins:

Der Rat der Volksbeauftragten konnte bisher feststellen, daß der Auftrag zur Festnahme des Volkzugsrates durch den Bizefeldwebel Fischer von einem gewissen Marten und zwei Beamten des auswärtigen Amtes, dem Grafen Matuschka und v. Rheinbaben, erteilt wurde. Marten wurde ebenso wie Fischer verhaftet. Die beiden anderen sind flüchtig. Ihre Verhaftung ist angeordnet. Die Truppen, die in der Chausseestraße gegen den Demonstrationszug das Maschinen-gewehrfeuer richteten, waren von dem Mitglied des Soldatenrates beim Generalkommando, namens Krebs, aufgegeben. Auch gegen Krebs wurde eingeschritten.

Der Rat der Volksbeauftragten, der sofort alles tat, um die Mitglieder des Volkzugsrates zu befreien und die Inhaftierung ihrer Freiheit, sowie das entsetzliche Blutvergießen in der Chausseestraße zu fähren, ist entschlossen, gegen jede

Androhung und Verübung von Gewalttätigkeiten vorzugehen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen.

Die Volksbeauftragten:

(gez.) Ebert, Haase, Dittmann, Scheidemann, Landsberg.

Der Volksbeauftragte Barth war verhindert, an der Sitzung teilzunehmen, deshalb fehlt seine Unterschrift.

Gegen einen Massenstreik.

Berlin, 7. Dez. Wie der „S. Z. a. M.“ zufolge aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, hat es bisher den Anschein, daß die von der „Roten Fahne“ ausgegebene gewissenlose Parole, als Antwort auf die Vorgänge vom gestrigen Abend in einen Massenstreik einzutreten, bei der Arbeiterschaft keinen Widerhall finden wird. Bei den gewerkschaftlichen Instanzen fanden sich heute morgen Vertrauensleute aus einzelnen Fabriken ein und erkundigten sich, was es mit der „Weisung“, in einen Generalstreik einzutreten, auf sich habe. Es wurde ihnen erklärt, daß die Gewerkschaften diesem Treiben vollständig fern stünden und daß es unbedingt notwendig sei, daß die Betriebe weiter arbeiten. Die Arbeiter haben sich daraufhin in ihre Betriebe begeben und werden in diesem Sinne unter ihren Kollegen wirken. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß einige unruhige Elemente hier und da aus dem Betrieb fortgehen. Aber soweit sich die Stimmung der Arbeiter im Augenblick feststellen läßt, ist keinerlei Neigung vorhanden, in einen Generalstreik einzutreten.

Der Waffenstillstand.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes

Berlin, 7. Dez. (W. B.) Das französische Oberkommando ersuchte die deutsche Oberste Heeresleitung um die Bezeichnung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstandes. Die Zusammenkunft konnte am 12. oder 13. Dezember, vormittags, in Trier stattfinden.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission:

Staatssekretär Erzberger.

Der Waffenstillstand zur See.

Berlin, 6. Dez. (W. B.) Ueber den Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen zur See und über ihre Ausföhrung erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes:

1. Die Vollmachten des Admirals Beatty sind bis auf die Frage der Internierung der Schiffe auf Admiral Browning übergegangen. Die Kommission des Admirals Browning begibt sich in diesen Tagen nach Hamburg, um die in den Händen der Deutschen befindlichen Handelschiffe der Entente zu besichtigen. Diese englische Kommission besteht aus sechs Mitgliedern, dem Commodore Bevan, Mr. Percy und Turner als Vertreter des Schiffsverkehrskontrollors, einem Korvettenkapitän, einem Ingenieur und einem Oberleutnant. Die Alliierten verlangen nicht nur die Rückgabe aller in Deutschland internierten Schiffe, sondern auch aller Schiffe, die durch ein Präsengericht rechtskräftig zur Einziehung verurteilt worden sind. Nach den Bestimmungen des Völkerrrechts sind diese Schiffe deutsch, und es ist daher gegen das Verlangen ihrer Auslieferung protestiert worden. Admiral Browning hat jedoch die Erörterung jeder Rechtsfrage abgelehnt und verlangt nur die Ausföhrung seiner Forderung. Die Abgabe aller feindlichen Handelschiffe im Tonne, an Frankreich soll in Dänkirchen erfolgen. Die Schiffe sollen mit Proviant und Kohle ausgerüstet und nicht fahrbereite Schiffe und Segelschiffe von deutschen Schleppern übergeführt werden. Der Rücktransport der Besatzungen soll von deutscher Seite ausgeführt werden.

2. Trotdem für die Ablieferung der Handelschiffe kein Termin vorgesehen war und obwohl die Klärung der Lage durch die Schuld des Gegners verzögert ist, verlangt die englische Kommission die Rückgabe sämtlicher Handelsfahrzeuge bis zum 17. Dezember. Gegen diese unberechtigte Forderung ist von deutscher Seite Protest eingelegt.

3. Die Kommission zur Besichtigung der Kriegsschiffe beginnt in Wilhelmshaven am 6. Dezember ihre Tätigkeit. Sie besteht aus Offizieren der englischen, amerikanischen, französischen und japanischen Marine. Bemerkenswert ist, daß die Entente unbedingt fordert, daß, sobald es die Unterbringungsverhältnisse an Land gestatten, sämtliche Kriegsschiffe ganz außer Dienst gestellt, die Besatzungen also an Land untergebracht werden.

4. Eine ganz neue Forderung der Entente stellt das Verlangen dar, nach den neuesten Quellen eine Liste aller fertigen und im Bau befindlichen Kriegsschiffe einschließlich der Fluchfahrzeuge und der Hilfskriegsschiffe, sowie aller fertigen oder im Bau befindlichen U-Boote, die jetzt in deutschen Marinehäfen liegen, zu übergeben, ferner innerhalb 48 Stunden die Mitteilung, bis wann der Panzerkreuzer „Mackensen“ zum Geschleppwerden nach einem bestimmten Hafen bereit sein wird. Weiter soll die Erklärung abgegeben werden, daß seit der Abschließung des Waffenstillstandsvertrages keine deutschen Handelschiffe mit irgend einer neutralen Flagge übergeführt sind. Ferner wird die Besichtigung von Friedrichshafen wegen der dort liegenden Luftstreitkräfte verlangt. Diese Forderungen gehen weit über die Forderungen des Waffenstillstandsvertrages hinaus.

Berlin, 6. Dez. (W. B.) In der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission wurde Uebereinstimmung dahin erzielt, daß demobilisierte Angehörige Oesterreich-Ungarns auf dem linksrheinischen Gebiete verbleiben dürfen, falls sie vor Kriegsausbruch dort sesshaft waren.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission:

Staatssekretär Erzberger.

Gegen die Vergewaltigung!

Ein Aufruf des Prinzen Max von Baden.

Wenn die unserem Volke angetane Schmach ebenso heiß in der Seele brennt wie mir, der erhebe in Wort und Schrift seine Stimme gegen die unerhörte Vergewaltigung, die feind-

liche Nachsicht und Siegestraunktheit über die Heimat verhängt haben durch Auflegung erniedrigender Waffenstillstandsbedingungen, die unser nationales Leben in seinen Grundfesten bedrohen.

Er mahnte den Präsidenten der Vereinigten Staaten an sein gegebenes Wort, einen Rechtsfrieden zu wollen und einen Völkerverbund zu erstreben, in dem sich Deutschland wie jedes andere Land und Volk seiner Eigenart entsprechend unter Wahrung seiner Lebensbedingungen ungehindert entfalten kann.

Er wies daher den Präsidenten mahnend hin auf die historischen und tatsächlichen Grundlagen, auf denen Deutschlands Dasein ruht und deren Verletzung dieses Dasein und die Gerechtigkeit gleichermaßen zerstören würde.

Er zeigte dem deutschen Volk, welches durch die Wucht der plötzlich hereingebrochenen Ereignisse wie gelähmt sein Schicksal erwartet, daß es jetzt unbedingt nötig ist, seinen nationalen Stolz und seine Ehre zu wahren und würdig seiner Größe und Bedeutung als freies Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und Lebensmöglichkeit zu fordern.

Unsere Waffen sind uns aus der Hand geschlagen, aber der deutsche Geist und der deutsche Charakter leben noch. Mit ihnen müssen wir Deutschlands Ansehen und Selbständigkeit bis zum Äußersten verteidigen, uns selbst die Treue wachend, wie unsere tapferen Armeen bis zum letzten Augenblick treu die Heimat vor feindlichem Einfall behütet hat.

3. Jt. Baden-Baden, im November 1918.

Max, Prinz von Baden.

Ein Putschversuch in München.

München, 7. Dez. (W. B.) Infolge der in der letzten Zeit von der hiesigen Presse gegenüber der neuen Regierung eingenommenen Haltung zogen vergangene Nacht nach Schluß der Demonstrationsversammlung mehrere tausend Soldaten durch die Stadt, besetzten alle Zeitungen und richteten eine Zensur auf. Ministerpräsident Eisner begab sich in Begleitung des Polizeipräsidenten und des Stadtkommandanten in die verschiedenen Redaktionen und beseitigte die willkürlich eingeföhrte Zensur. Auch in die Wohnung des Ministers Auer waren Demonstranten eingedrungen und hatten den Minister unter Drohungen gezwungen, seine Demission nehmen. Ministerpräsident Eisner stattete dem Minister Auer ebenfalls einen Besuch ab. Selbstverständlich ist die an Herrn Auer vorgenommene Erpressung nichtig. Im Laufe der Nacht wurde durch republikanische Schutztruppen und Mannschaften des Infanterie-Leibregiments die Ordnung wieder hergestellt.

Eine 5-Millionenunterschlagung.

Berlin, 7. Dezbr. Die „S. Z. a. M.“ berichtet von einer aufsehenerregenden Unterschlagung von beinahe 5 Millionen Mark in Kriegsanleihen. Der langjährige Angestellte des Bankhauses S. Gleichröder und Verwalter des Banktresors, Richard Gerike, ein Mann von ungefähr 60 Jahren, in guten Familienverhältnissen, glücklicher Familienvater, als nüchtern und zurückhaltend bekannt, hatte einem Lohesjüngling Millionen zu, um ihm Spekulationen in Selt, die Unterhaltung eines Rennpalles, Gründung zweier Bildergalerien und anderen Aufwand zu ermöglichen, obgleich dieser Mann namens Stempel wegen geistiger Minderwertigkeit aus dem Heere entlassen worden war. Die Revision bei der Bank ergab, daß Gerike 4 700 000 Mark in Kriegsanleihen aus dem Treasor entwendete. Der Beweggrund für sein Handeln ist nicht aufgeklärt. Seine Vermögensverhältnisse haben sich nicht verändert. In den Gewinnen des jungen Stempel aus Spekulationen, Rennwetten und Rennpreisen war er nicht beteiligt. Auch Stempel gab keine Aufklärung.

Lokalnachrichten.

* Königsberg, 9. Dez. Der gestrige Sonntag brachte hier zwei politische Versammlungen, die als Vorbereitung für die Wahlen zur Nationalversammlung anzusehen sind. Beide waren gut besucht. Die erste fand nachmittags 4 Uhr im Hotel Procastry statt. Sie wurde von Herrn Hoteller Stern im Namen des Lokalvereins der neuen Deutschen demokratischen Partei eröffnet. Statt des ursprünglich vorgesehenen Referenten Herrn Emil Goll sprach Herr Zoller aus Frankfurt a. Main über die politische Lage und die Deutsche demokratische Partei, unter welchem Namen sich nunmehr die frühere Fortschrittliche Volkspartei, die alte demokratische Partei und der linke Flügel der Nationalliberalen vereinigt haben. Redner verbreitete sich in kürzeren Ausführungen über unsere politische Lage und die Ursachen, welche zu derselben geführt. Er betonte die unheilvolle Wirkung des U-Bootkriegs und wie Deutschland nach dem Urteil Molotes eigentlich schon Oktober 1914, nach der Marneschlacht, verloren gewesen sei. Ludendorff sei als Strategie unübertrieben, habe aber als Politiker Deutschlands Niedergang herbeigeföhrt, wie auch die Kaiserreden uns keine Freude im Auslande haben werden können. Die Flucht des Kaisers und Kronprinzen und die von ihnen alsdann veröffentlichten Rechtfertigungen bezeichnete Redner als Feigheit. Nun aber sei im Vaterlande die Diktatur der Militärgewalt durch die Diktatur des Proletariats abgelöst und müsse dieser Zustand alsbald durch eine geordnete Regierung gebessert werden, hervorgegangen aus den Wahlen des gesamten Volkes zur Nationalversammlung. Redner entwickelte hierzu das Programm seiner Partei. Wie die sozialistische Mehrheitspartei stehe auch die deutsche demokratische Partei auf dem Boden einer sozialistisch republikanischen Regierung. Doch wünsche seine Partei nicht die Verstaatlichung sämtlicher Produktionsmengen, sondern nur derjenigen großen Betriebe, welche hierzu bereits reif seien. Als solche bezeichnete er die Verstaatlichung der Bergwerke, aller Wasserwege, der Elektrizität. Zu beseitigen sei

die Fideikommisswirtschaft, einzuföhren die Trennung von Staat und Kirche, aber mit Belassung der Vermögen der letzteren, der Religionsunterricht müsse bleiben. Unserer Diplomatie, welche sich vor und während der Kriege als unfähig erwiesen habe, seien nur die tüchtigsten Kräfte ohne Ansehen von Herkunft und Vermögen zuzuföhren. Zur Verwirklichung aller erstrebenswerter Ziele sei die Nationalversammlung so bald wie möglich zu berufen. Daß in sie nur wirklich demokratisch gesinnte Männer gewählt würden, dazu wandle er sich besonders auch an die Frauen, die nunmehr ebenfalls gleich den Männern mitberaten sollen an den Geschicken des Vaterlandes. Den Ausführungen des Redners traten in der Diskussion zuerst Herr Friedlein aus Frankfurt entgegen, der insbesondere betonte, daß eine frühere Einberufung der Nationalversammlung als wie zum 16. Februar technisch unmöglich sei und man ihn übrigen mit den Ertragsverhältnissen der bisherigen Wächthaber doch ganz zufrieden sein könne. Der jetzt noch viel verbreiteten Ansicht, unsere Truppen hätten noch länger zur Sicherung unserer Grenze Mut und Kraft gehabt, trat er mit den Erfahrungen, welche er als Kämpfer an der Front selbst gemacht, ganz entschieden entgegen. Herr Dr. Abel von hier wandte sich gleichfalls gegen verschiedene Ausführungen des ersten Redners, indem er die geleistete Arbeit und Ziele der Sozialdemokratie hervorhob und verteidigte, die Zusammensetzung und das Programm der demokratischen Partei jedoch verworf als für praktische Arbeit unfruchtbar und für das Großkapital zugeschnitten. Herr Ohlenschläger-Schneidhain erwarb sich aber mit der Forderung noch möglicst sofortiger Einberufung der Nationalversammlung mit Umgehung aller Listen-Ausstellung usw. fast noch den meisten Beifall der Zuhörer. Eine kurze Replik und nochmaliger Aufruf zur Wahl echt demokratischer Männer durch Herrn Zoller schloß alsdann die Versammlung.

* Eine zweite Versammlung fand am Abend 8 Uhr ebenfalls im Saale Procastry statt. War die erste einer bestimmten Parteirichtung gewidmet, so war die zweite allgemeiner politischer Aufklärung und zwar den Frauen gemidmet, welchen erst jetzt durch die Revolution Gelegenheit zu politischer Betätigung gegeben wurde. Namens der vereinigten Königsberger Frauenvereine begrüßte Frau von der Hagen die den Saal bis auf den letzten Platz füllenden Frauen und Mädchen, die durch ihr so zahlreiches Erscheinen bezeugten, welch reges Interesse die Frauen der neuen Lage auch hier schon entgegenbrachten. Als Rednerin trat Fräulein Dr. Wertheimer aus Frankfurt a. Main auf, welche ihrer Aufgabe, die Frauen über ihre neuen politischen Rechte und Pflichten aufzuklären, in stehender Rede und mit großer Sicherheit gerecht wurde. Ohne auf Parteipolitik im geringsten einzugehen, unterrichtete sie die Frauen über die Fragen, welche in Neu-Deutschland in nächster Zeit zu lösen und wie auf so vielen Gebieten gerade die Frau noch vor dem Manne berufen sei, zu helfen, zu bessern und nicht am wenigsten neu zu schaffen. Neue Politik könne man aber nicht machen, ohne mit der alten Politik, mit den alten Vorurteilen aufzuräumen. Und da sei es jetzt für die Frauen an der Zeit, aus dem seitherigen Schlafe aufzuwachen und nun mitzuraten und mitzubauen an dem neuen Hause, das sich Deutschland nun errichten will und muß. Nun sei es Aufgabe auch der Frau, politisch zu denken und politisch zu wirken, Zeit hierfür finde sich immer noch neben den häuslichen Pflichten. Rednerin empfahl den Frauen nunmehr durch Besuch aller politischen Versammlungen und Lesen der Zeitung sich politische Schulung und politisches Urteil anzueignen, um alsdann auch zu wissen, wem zu der Nationalversammlung die Stimme zu geben sei. Wählen aber müsse zu der Nationalversammlung unter allen Umständen jede wahlberechtigte Frau, jedes wahlberechtigte Mädchen. Wie hierzu zu wählen sei, davon gab Fräulein Dr. Wertheimer eine recht verständliche Darstellung, auch auf alle weiter noch an sie gerichtete Fragen bereitwilligst Auskunft. Auf Verlangen gab sie zum Schluß zur Orientierung noch Programm und Ziele der einzelnen Parteien in großen Umrissen zu Gehör. Mit ihrem ganzen, streng sachlichen, allgemein verständlichen und deshalb sehr belehrenden Ausführungen aber hatte sie sich den ihr zum Schluß gewordenen reichen Beifall redlich verdient; wenn zur kommenden Wahl auch hier die Frauen und Mädchen ein gewichtig Wort mitreden, dann kann die Rednerin des gestrigen Abends sich hieran wohl das größte Verdienst zuschreiben.

* Wie Einwohner machen wir auf die auf der 1. Seite befindliche Bekanntmachung des Magistrats wegen der in Kürze zu erwartenden Besetzung noch besonders aufmerksam. Die genaueste Befolgung dieser eindringlichen Mahnung dürfte jedem Einzelnen wie der Allgemeinheit eine Verschärfung der uns bevorstehenden bitteren Zeit ersparen.

* Eine weitere politische Versammlung findet hier morgen Dienstag Abend wieder im Hotel Procastry statt. Das Thema lautet: Welcher Partei schließe ich mich an? Auch diese Versammlung will aufklären, weshalb auch an dieser Stelle auf die Einladung im Anzeigenteil aufmerksam gemacht wird.

* Einer Einladung des Soldatenrates folgten gestern zahlreiche Feldzugsteilnehmer zu einem gemächlichen Zusammensein auf der Willstalböhe. Der Vorsitzende des Soldatenrates, Herr Konrad Wilmmer, begrüßte in längerer Ansprache die mit ihrem Angehörigen erschienenen Krieger, gedachte auch der vielen, die die Treue gegen das Vaterland mit ihrem Tode bezeugten, und der großen Opfer, die Alle gebracht hatten. Vorträge einer Musikkapelle belebten und verschönten noch die einfache Feier, die wohl noch eindrucksvoller sich gestaltet hätte, wenn sie statt von einer einzelnen Korporation, von der Stadt selbst veranstaltet worden sei.

* Auch am Samstag und gestern Sonntag hatten wir hier und in der Umgegend noch Einquartierung. Am Samstag war es das 81. Feldartillerie-Regiment (Thorn), gestern das 1. Jäger-Regiment zu Pferde (Langensalza), die hier Quartier und Verpflegung bezogen und am Abend sich bei Musik und Tanz im Hotel Georg noch vergnügten.

* **Königstein, 9. Dez.** Am Samstag Abend fand im Hotel Procasth eine Generalversammlung des Lokalgewerbevereins statt, die wie gewöhnlich wieder schwach besucht war. In ihr erstattete der Vorsitzende Herr Hoffpengermeister W. Ohlenschläger den Jahresbericht, der als Haupttätigkeit des Vereins wiederum diejenige um den Ausbau der Fortbildungsschule bezeichnet. Die Schule wurde durch Herrn Schulinspektor Kern geprüft, welcher mit den Leistungen der Schüler zufrieden war. Es fand nur eine Vorstandssitzung im abgelaufenen Jahre statt, doch hat sich der Lokalverein dem Kreisverband behufs Zuteilung von Rohstoffen und Rohmaterialien angeschlossen, was noch weitere Vorteile erwarten ließe. Die von Herrn Schneidermeister Adolf Gottschalk vorgetragene Jahresrechnung zeigt für die Vereinsrechnung in Einnahme und Ausgabe M. 264.88, für die Schulrechnung aber M. 1152.60 Einnahme wie Ausgabe. Die Aufstellung der Rechnung wurde durch die gewählte Prüfungskommission für richtig befunden und hiernach dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei Punkt Verschiedenes wurde von verschiedenen Seiten die Anregung gegeben, fernerhin weniger der Schule die Hauptaufmerksamkeit zuzuwenden, die zu erhalten doch Sache der Gemeinde und nicht der Handwerker sei, sondern mehr die Vertretung der wirklich handwerklichen Interessen anzustreben. Weiter soll die Stadtverwaltung aufgefordert werden, nicht nur an die Arbeitnehmer in der jetzigen arbeitschwachen Zeit Arbeit und Beschäftigung zu vergeben, sondern auch an die Arbeitgeber, welche des Verdienstes nach vollendetem Kriegsdienst mindestens ebenso bedürftig seien. Sollen aber die angestrebten Ziele, mehr Beachtung und Rücksicht dem Handwerk, erreicht werden, dann ist es aber auch, wie der Herr Vorsitzende zum Schluß ganz mit Recht hervorhob, vor allem nötig, daß die Handwerker ihrer Sache selbst mehr Interesse entgegenbringen und sich im Verein nicht nur zusammenschließen, sondern auch wirklich betätigen.

* **Einen recht betrüblichen Verlust** erlitt die Familie des Herrn Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. B. Mettenheimer dahier. Der älteste Sohn, Leutnant in einem Artillerie-Regiment, geriet am 27. September verwundet in englische Gefangenschaft. Jetzt gelangte die Nachricht hierher, daß er schon am 18. November dort seiner Verwundung erlegen ist, angesichts der inzwischen erfolgten Einstellung der Feindseligkeiten doppelt schmerzhaft für die so hart betroffenen Eltern und Geschwister des jungen Helden.

* **Schwester Martha Lorenz** im hiesigen Ursulinen-Kloster feierte gestern ihr 50 jähriges Ordensjubiläum, verbunden mit dem 24. Jahrestag ihrer königsteiner segensreichen Tätigkeit, deren Verdienste durch Gratulationen verschiedener Art gewürdigt wurden.

* **Falkenstein, 9. Dez.** Ein Kraftwagen mit französischen Offizieren besetzt durchfuhr heute Vormittag schon unseren Ort und nahm den Weg zum Gebirge. Ueber Ziel und Zweck der Fahrt ließ sich nichts näheres in Erfahrung bringen.

× **Hornau, 9. Dez.** Dem Sergt. Schmitt von hier wurde wegen besonderer Tapferkeit die Verdienstmedaille mit dem Bilde des Großherzogs von Baden verliehen.

Paris, 8. Dez. (W. B.) Poincaré, Clemenceau und Deschanel reisten gestern Abend nach Metz ab.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 9. Dez. (Priv.-Tel.) In der „Voss. Zig.“ liest man: Lloyd George verlangt 160 Milliarden Mark Kriegsentschädigung von Deutschland. Schon die Hälfte würde eine Schuldverschuldung von Deutschlands Unternehmern und Arbeitern für viele Generationen bedeuten. Aber schon die bloße Tatsache, daß solche Ziffern und Bedingungen von englischen Ministern überhaupt genannt werden können, ist schlimm für alle diejenigen, die in dem Friedensvertrag nicht nur ein Rechtsinstrument sehen, sondern die Hoffnung gehabt haben, daß er eine Veröhnung der Menschheit anbahnen werde. Wann hat in Deutschland je ein verantwortlicher Politiker in der Zeit der größten deutschen Waffenerfolge dem Feinde auch nur ein annähernd Gleiches im Falle seines Unterliegens zugemutet?

Köln, 7. Dez. (W. B.) Heute nachmittag kamen hier 4500 Mann englischer Infanterie in den Vororten an und bezogen Privatquartiere. Die zur Verfügung gestellten öffentlichen Gebäude wurden nicht benutzt.

Lille, 8. Dez. (W. B.) König Georg ist gestern nachmittag hier eingetroffen und hat sich ins Hauptquartier der englischen Armee begeben.

Puppenstube sowie einige gute Bücher (Romane) zu kaufen gesucht. (Westf. Ang. u. HSB a. d. Westf.)

Polizeiliche Hausweisscheine Dr. Kleinbühl, Königstein.



Gestern erhielten wir die traurige Nachricht, dass unser lieber Sohn und Bruder

Theodor Mettenheimer

Leutnant im Feld-Artillerie-Regt. 63, Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl.

am 18. November in englischer Gefangenschaft an den Folgen der schweren Verwundung, die er am 24. September erhalten hat, gestorben ist.

Königstein (Taunus), den 9. Dezember 1918.

Dr. Bernhard Mettenheimer
Hannah Mettenheimer, geb. Kohnspeyer
Toni Mettenheimer
Friedrich Karl Mettenheimer
Willi Mettenheimer.

Bekanntmachung.

Allg. Ortskrankenkasse Königstein im Taunus.

Betr.: Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung in der Krankenversicherung.

Durch die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten und des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamts vom 22. November 1918 über Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung in der Krankenversicherung (Reichs-Gesetzblatt Seite 1321) sind mit Wirkung vom 2. Dezember ds. Js. ab die nachstehend verzeichneten Personengruppen auch dann der Krankenversicherungspflicht nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung unterworfen worden, wenn sie gegen Entgelt beschäftigt werden und ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst mehr als 2500 Mk. bis einschließlich 5000 Mk. beträgt (bisher reichte ihre Versicherungspflicht nur bis einschließlich 2500 Mk.):

1. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet,
 2. Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken,
 3. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen,
 4. Lehrer und Erzieher,
 5. Schiffer auf deutschen Seefahrzeugen, soweit sie nicht unter die §§ 553 bis 553h des Handelsgesetzbuchs fallen, sowie auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.
- Dagegen bleiben Arbeiter, Gehilfen und Gesellen nach wie vor Krankenversicherungspflichtig, auch wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 Mk. übersteigt. Zum Entgelt gehören neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile (Anteile), Provisionen, fest versprochene Gratifikationen und Weihnachtsgeschenke, laufende Kriegs- und

Teuerungszulagen, Sach- und andere Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohns oder eben ihm vom Arbeitgeber oder einem Dritten erhält.

Die zu unserer Kasse gehörigen Arbeitgeber der oben unter 1—5 aufgeführten Personengruppen werden demgemäß ersucht, dieselben alsbald unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks (gelbes Papier) bei unserer Geschäftsstelle in Königstein oder den bekannten anderen Niederstellen

bis längstens 15. Dezember 1918,

anzumelden. Unterlassung oder verspätete Einreichung der Meldungen ist unter Strafe gestellt.

Zu melden sind auch diejenigen bisher freiwillig weiter-versicherten Personen, die jetzt nach der obigen Vorschrift wieder versicherungspflichtig geworden sind, weil ihre Weiterversicherung ab 2. Dezember 1918 erloschen ist.

Ferner können diejenigen Mitglieder, welche in der Zeit seit Beginn des Krieges wegen Überschreitung der Einkommensgrenze von 2500 Mk. aus unserer Kasse ausgeschieden sind, binnen 6 Wochen nach dem 2. Dezember d. J. ihre Wiederaufnahme als Mitglieder gemäß § 313 der Reichsversicherungsordnung beantragen, sofern sie beim Ausscheiden zur Weiterversicherung berechtigt waren und nicht jetzt nach der obigen Verordnung versicherungspflichtig sind. Unsere Kasse kann jedoch solche Berechtigten, wenn sie sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung, die beim Wiedereintritt bereits besteht, begründet für diese Krankheit keinen Anspruch auf Rassenleistungen.

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die §§ 178 und 314 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, nach denen die Versicherungsberechtigung in allen Fällen erlosch, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 4000 Mk. überstieg, durch die obige Verordnung aufgehoben worden sind.

Königstein i. T., den 3. Dezember 1918.

Der Vorstand:
Adam W. Fischer.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 11. Dezember 1918, vormittags 11^{1/2} Uhr, versteigere ich in Niederhöchstadt öffentlich, meistbietend, gegen gleich bare Zahlung:

1 Sekretär, 1 Sofa.

Sammelpunkt der Kaufliebhaber am Bahnhof Niederhöchstadt.

Königstein i. T., den 9. Dezember 1918.

Mohr.

Gerichtsvollzieher in Königstein i. T.

Wir suchen je einen durchaus erfahrenen und zuverlässigen

Holz-Dreher und Büchsenholz-Bohrer,

der mit der Herstellung aller in der Holzindustrie und Büchsenholzbranche gangbaren Waren vertraut ist, für sofortigen Eintritt. Guter Lohn und dauernde Stellung zugesichert. Offerten mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit erbeten.

Eppsteiner Holzindustrie G. m. b. H.,
Eppstein im Taunus.

Bekanntmachung für Fischbach.

Die Gemeinde Fischbach hat noch Speisewiebeln abzugeben aus dem Lager bei Adam Kilb. Wer Bedarf hat, kann dieselben dort abholen.

Die im besetzten und neutralen Gebiet wohnhaften Wehrpflichtigen, die seither reklamiert waren, sowie die als untauglich Entlassenen und die noch nicht eingetragenen müssen in ihren Militärpässen einen Eintrag haben, daß sie infolge der Demobilisierung aus dem Heeresdienst entlassen sind. Die in Frage kommenden Leute haben sich sofort beim Kontrollamt Bad Homburg v. d. H. zur Vervollständigung der Papiere zu melden.

Fischbach, den 9. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: W. H. H. H.

Was die deutsche Wählerin wissen muß. Die Verhältniswahl.

Verhältniswahl! Das ist auch so ein politisches Wort, das ein unpöbelliches und respektloses Nicken aus weiblichen Munde entfesseln kann. Aber es ist nicht angebracht, denn am 16. Februar 1919 soll danach, wie bekannt, gewählt werden. Zur großen Nationalversammlung. Und wenn das Wort Verhältniswahl nicht paßt, der kann Listenwahl sagen, das spricht sich schneller und unversänglicher aus. Beides ist dasselbe, es ist auch nicht neu; unsere Nachbarn, die Franzosen haben diese Wahl schon erprobt und einigen Mergern daran gehabt.

Das ging so zu. Vor dreißig Jahren war in Paris General Boulanger (zu deutsch: Bäcker) Kriegsminister. Der Mann wollte Präsident der Republik werden, und als Sprungbrett für den Anlauf zur Erreichung dieser Würde sollte ihm die Listenwahl dienen. Er ließ sich also in jedem Wahlbezirk oben auf die Wahlliste setzen und erreichte es auch, daß er in einigen Duzend Bezirken die meisten Stimmen erhielt. So konnte er denn der damaligen Regierung in Paris zusetzen: „Seht, ich bin der vollstündigste Mann in ganz Frankreich, ich muß Präsident werden.“

Aber es kam anders. General Boulanger entpuppte sich als ein käuflicher Mensch, der vom Herzog von Orleans, dem französischen Thronprätendenten, bestochen war. Als er in Paris verhaftet werden sollte, entfloh er und endete nach dem Scheitern aller seiner Hoffnungen in Brüssel durch Selbstmord. Die Franzosen aber schafften die Listenwahl wieder ab.

Diese Geschichte ist erzählt, um zu zeigen, daß jede Art, zu wählen, Ueberraschungen bringen kann. Wir wählen bisher in jedem Reichstagswahlkreis (es gab 397) einen Abgeordneten. Dabei kam es nicht selten vor, daß ein Abgeordneter nur mit einer kleinen Mehrheit gewählt wurde, so daß man eigentlich von einem Zufalls-Wahlkreise reden mußte. Es ist denn auch geschehen, daß infolge solcher Zufälligkeiten, besonders bei den Stichwahlen, eine Partei mit einer größeren Gesamtstimmzahl in allen Wahlkreisen weniger Abgeordnete bekam, als eine Partei mit einer geringeren Gesamtstimmzahl. Dieses Wahlrecht soll nun die Verhältnis- oder Listenwahl beseitigen.

Aus den 397 bisherigen Wahlkreisen zum Reichstage sollen 38 Wahlkreise zur Nationalversammlung werden. Jeder dieser 38 neuen Wahlkreise entsetzt 6 bis 16 Abgeordnete, je nach seiner Wählerzahl, und jede Wählerin wählt also 6 bis 16 Abgeordnete, bezw. soviel, als für ihren Wahlkreis vorgesehen sind. Sie schreibt alle Namen ihrer Kandidaten auf eine Liste (Wahlzettel) und diejenigen 6 bis 16 Kandidaten, auf deren Namen sich die meisten Stimmen vereinigen, sind gewählt. Es können also in solchen großen Wahlbezirken diejenigen Parteien, die in kleinen Bezirken in der Minderheit waren, stärker zur Geltung kommen und Erfolg erzielen, die ihnen sonst versagt blieben. Natürlich wird viel davon abhängen, wie die neuen Wahlkreise gebildet und ob die Bewohner gleichartig sind oder nicht. Die Hauptsache ist: Wählerin, Du wählst 6 bis 16 Abgeordnete durch Abgabe Deiner Wahlzettelliste!

Da die Wahlzettellisten ebenso gedruckt gegeben werden, wie früher die Wahlzettel für einen einzigen Abgeordneten, also wird die Schreibarbeit in Fortfall kommen. Gefällt ein Name der Wählerin nicht, es können auch mehr sein, so darf sie diese Namen durchstreichen und andere Namen aufschreiben, die ihr gefallen. Niemand kann ihr deswegen Vorwürfe machen. Aber praktischen Erfolg dürfte ihr so ver einzeltes Unternehmen dann nicht haben.

Was die Zählung der Stimmzettel ergibt, steht außerhalb ihrer Wahlbarkeit. Ihre Pflicht ist die Ausübung des Wahlrechts. 433 Abgeordnete werden gewählt.

Schreiben des Königs Karl IV. betreff. die Ausübung des Münzrechts durch Gottfried VII. von Eppstein.*

Wir Karl von Gottes Gnaden Römischer Kaiser, zu allen Zeiten mehrerer des Reichs und König zu Böhmen, anbieten dem hochgeborenen Ruprecht dem älteren Pfalzgrafen bei Rhein, des heiligen Reichs Pfalzgrafen, Herzog zu Bayern, unsern und desselben Reichs in diesem Lande Vicarien, unsern lieben Schwager und Fürsten unser Gnade und alles gut. Zu wissen daß wir dem edlen Gottfried von Eppstein, unserm und des Reichs lieben getreuen, erlaubt haben, ist das er vor dir mit guten Rittern, Anedchten und unversprochenen kundtschaft bewiesen hat, daß er und seine Eltern von alters Münze geschlagen haben zu Eppstein, und zu Steinheim, daß er dann daselbst Münzen schlagen mag. Da von bieten wir deine Liebe mit allem ernste, daß du die kundtschaft, die der egerante Gottfried von Eppstein vor dir bewiesen wolle, verhören wollest und was er vor dir als vorgeschrieben steht beweiset, das gib ihm diesen Brief, daß er dies vor uns beweiset.

Gegeben zu Pisa, den neunten Tag im Mai, im neunten Jahre unseres Reichs und im ersten Jahr des Kaisertums. (Anno 1355, den 9. Mai.)

Nach diesem Schreiben scheint Gottfried von Eppstein das Privilegium oder die Urkunde zu schlagen der Münzen verloren zu haben und lies sich deshalb darüber zur Sicherheit eine neue Urkunde ausstellen. Denn es wird doch gang bestimmt in dem vorgenannten Schreiben angegeben, daß er und seine Eltern schon Münze zu Eppstein und Steinheim geschlagen haben.

Georg Piepenbring

* Entnommen aus den „Königsteiner alten Handschriften“.

* Zwiebad für unsere Kinder. Der Oberbaumkreis hat die Berechtigung erhalten, in nächster Zeit für Kinder bis zu zwei Jahren monatlich 22 Zentner Zwiebad herzustellen.

Morgen Dienstag Abend grosse öffentliche Versammlung im Hotel Procaasky.

Thema: Welcher Partei schliesse ich mich an?

Zu recht zahlreichem Besuche sind alle wahlberechtigten Frauen und Männer Königsteins eingeladen.

Der Einberufer.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 10. ds. Mts., werden bei der Fa. Schade & Füllgrabe gegen Abgabe des Abschnittes 18 der Lebensmittelliste Handhabe ausgegeben.

Königstein, den 9. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Forkelverkauf.

Es ist uns eine größere Anzahl Forkel angeboten, welche in lebendem Zustand abgegeben werden sollen. Lebendgewicht zirka 30—40 Pfund. Das Pfund Lebendgewicht wird zwischen 3.40 bis 4 Mark kommen. Die Anrechnung auf Fleischkarten wird voraussichtlich nicht erfolgen. Bestellungen sind am 10. Dezember vormittags bis 11 Uhr auf dem hiesigen Rathaus Zimmer Nr. 4 zu machen.

Königstein, den 9. Dezember 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Warnung.

Alle Soldaten, die das besetzte Gebiet in Uniform ohne ordnungsmäßige Entlassungspapiere betreten, werden vom Feinde festgenommen und nach Frankreich transportiert. Den in Uniform reisenden, entlassenen Soldaten wird daher dringend empfohlen, mit der Eisenbahn nach Stationen des besetzten Gebietes und innerhalb dieses Gebietes nur dann zu fahren, wenn sie im Besitze ordnungsmäßiger Entlassungspapiere sind.

Mainz, den 1. Dezember 1918.

Preussische und Hessische Eisenbahndirektion.

Geschäfts-Wiedereröffnung!

Der geehrten Einwohnerschaft von Königstein und Umgegend zur gefl. Kenntnis, dass ich meine

Schneiderei

wieder eröffnet habe. Alle Arbeiten, wie Neuanfertigung, Umarbeitung usw. werden aufs beste ausgeführt.

Königstein i. T.,
Hauptstrasse 19.

Georg Kowald,
Schneidermeister.

Geschäfts-Wiedereröffnung.

Der verehrten Einwohnerschaft von Königstein und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich meine

Spenglererei und Installationsgeschäft

wieder eröffnet habe. Ich werde bemüht sein, alle Arbeiten, Neuanfertigungen und Reparaturen u. s. w. aufs beste auszuführen.

Königstein i. T.,
Untere Hintergasse 9.

Joseph Colloseus,
Spenglermeister.



Turnverein Königstein e. V.

Dienstag, den 10. Dezember,
abends 8 Uhr.

Ausserordentliche Versammlung

im Vereinslokal Gasthaus „Zum Hirsch“. Wir bitten die Mitglieder, ebenso die aus dem Felde zurück-
gekehrten Mitglieder um vollzählige Erscheinen.

Der Vorstand.

An die

Kriegshinterbliebenen

in den

Gemeinden Königstein, Schmeidhain, Schloßborn,
Glashütten, Hornau und Ruppertsheim.

In Fällen besonderer Notlage können den Kriegshinterbliebenen Beihilfen aus der Nationalstiftung erwirkt werden. Dahingehende Anträge werden in den jeden Dienstag, von 4—6 Uhr nachmittags stattfindenden Sprechstunden des Unterzeichneten entgegen genommen.

Königstein im Taunus, den 20. November 1918.

Bezirksfürsorgestelle Königstein im Taunus.

Der Leiter: Jacobs.

Für jedermann empfehlenswert
sind unsere

Rechnungs- Block.

Drei Größen, in je 25 oder 50 Blatt
auf Kasse bequem zum Aufhängen
geblockt, durchlocht zum Abreihen.

Feines Schreibpapier.
Saubester Druck eigener Werk-
stätte.

Druckerei Ph. Kleinböhl,
Fernruf 44 Königstein Hauptstr. 41.

Taunus- Schreib-Block

1/4 H. quer Kanzlei weiss, liniert,
5 mm □ kar., 1/4 quer Konzept,

Taunus- Brief-Block

oktav, Damenformat, Quart,
glatt, gerippt, Leinen, passende
Hüllen,

Taunus- Brief-Papier

mit Hüllen, beste Qualität, Kurz-
briefe, Mitteilungen, gefällige
Formate, farbig Leinen und
Matt-Polst.

Brief-Kassellen und Mappen,

Taunus- Mech-Block

in verschiedenen Größen
Cinté, Klein-, Farb-, und Kopier-
stifte, Stahlfedern und Radier-
gummi, Siegelack, Bindfaden,
Papierpapp, Aufklebe-Marksen
empfiehlt Druckerei

Ph. Kleinböhl,

Königstein, Hauptstr. Nr. 41.
— Fernruf 44. —

Ein kräftig, gutgenährter Zugesel

ist zu verkaufen bei
Joh. Bröhler, Ruppertsheim.

Ein hochträcht. Simmenthal Fahrruh

zu verkaufen
Winkelftr. 1, Hornau i. T.

Verkauf von Mittwoch, 10 Uhr ab Pferdefleisch.

Anton Böse, Königstein,
Schneidhainerweg 10.

Raffend für Weihnachts-Geschenke empfiehlt

Rodelsohlitten, Kinderstühlchen und Kinderwagen

so weit Vorrat reicht.
Franz Konr. Winkel Wwe.,
Königstein im Taunus.

Mädchen

für Hausarbeit und etwas
Kleinwerk gesucht.
W. Kants, Dandelgärtner,
Gattersheim a. M.

Festdrücktes Frühstückspapier,

weiss, in Rollen zu haben
in der Druckerei

Ph. Kleinböhl,
Königstein, Hauptstr. 41.

Eine Land-Villa

kleine
in Gattenheim im Taunus
wegzugsbedürftig zu verkaufen.
Angeb. an Frau Wolfenstatter,
Welkershausen bei Weinlagen,
— Guts-Schloß. —

Klosettpapier

in Rollen und Tafeln
zu haben

Ph. Kleinböhl,
Königstein.

Bekanntmachung für Kelkheim. Dankes- und Ehren-Gabe.

Der Kriegausschuss der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, daß den Hinterbliebenen der Versicherten, die infolge ihres dem Vaterlande geleisteten Kriegsdienstes gefallen oder gestorben sind oder innerhalb sechs Monate nach Friedensschluß noch verstorben sollten, aus dem für Kriegswohlfahrtszwecke bewilligten Mitteln eine einmalige freiwillige Dankes- und Ehrengabe gespendet wird und zwar:

für die Witwe	50 Mark
für 1 Kind bis zu 15 Jahren	30 Mark
für 2 Kinder bis zu 15 Jahren zus.	50 Mark
für mehr als 2 Kinder unter 15 Jahren zus.	70 Mark

mit der Maßgabe, daß die Gesamtsumme dieser Aufwendungen den Betrag von 250 000 Mark nicht übersteigen darf.

Voraussetzung für Bewilligung der Spende ist:

1. für den Versicherten müssen vor dem Eintritt in den Kriegsdienst zuletzt Beitragsmarken der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau verwendet sein.
2. die Wartezeit für Invalidenrente muß erfüllt und die Erwartung erhalten sein.
3. die Hinterbliebenen dürfen von einer anderen Landesversicherungsanstalt oder Sonderanstalt nicht eine gleiche Gabe erhalten haben oder noch Empfang der untrigen annehmen.

gez. Freiherr Niedeser, Landeshauptmann.

Wird veröffentlicht.
Kelkheim, den 25. November 1918.

Der Bürgermeister: Kromag.